

TOP 3: Entwurf eines Staatsvertrags über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern

- Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz -

Beschluss:

Der Ministerrat billigt den vorgelegten Entwurf eines Staatsvertrags über die erweiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen betrauten Bediensteten in den Ländern.

Erläuterungen:

Die Innenministerkonferenz hat auf ihrer 208. Sitzung vom 6. bis 8. August 2018 beschlossen, dass ein Staatsvertrag zum länderübergreifenden Einsatz von Verwaltungsvollzugspersonal bei der Begleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen erarbeitet werden soll, dem alle Länder beitreten können. Hierzu hat Niedersachsen einen mit den Ländern fachlich abgestimmten Entwurf vorgelegt, der auch von Rheinland-Pfalz unterzeichnet werden soll.